

PRESSEMITTEILUNG

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
T: +49 331 8170000
Fax: +49 331 8170001
E: info@opferperspektive.de

Potsdam, 20.03.2026

Fast jeden Tag ein Angriff – Rechte Gewalt in Brandenburg nimmt weiter zu

Die Opferperspektive verzeichnete für das Jahr 2025 mit 290 Angriffen erneut einen Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Brandenburg. Die Zahl der Betroffenen stieg um 25 Prozent und erreichte mit 523 den höchsten bisher erfassten Wert. Rassismus war erneut das Hauptmotiv der Täter*innen. Besonders in den Fokus gerieten zudem Wohnprojekte, Jugendclubs und soziokulturelle Zentren. Die Opferperspektive fordert von Politik und Gesellschaft entschiedenes Handeln gegen rechte Gewalt.

Für das Jahr 2025 dokumentierte die Opferperspektive insgesamt 290 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Gewalttaten in Brandenburg – das entspricht durchschnittlich mehr als fünf Angriffen pro Woche. Mindestens 523 Personen waren unmittelbar betroffen, darunter 71 Jugendliche und 23 Kinder.

Mit 133 erfassten Angriffen blieb Rassismus das mit Abstand häufigste Tatmotiv. Fast jeden dritten Tag ereignete sich in Brandenburg eine rassistische Gewalttat. Für Betroffene gehört es zur Normalität, sich im öffentlichen Raum rassistischer Anfeindungen erwehren zu müssen.

Erstmals seit längerer Zeit wurden auch wieder mehrere organisierte Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte registriert – darunter ein Angriff auf eine Gemeinschaftsunterkunft in Stahnsdorf, bei dem die Täter versuchten, in das Gebäude einzudringen und einen Wachmann schwer verletzten, sowie auf ein Übergangswohnheim in Wusterhausen/Dosse, wo eine selbst gebaute Sprengvorrichtung gezündet wurde.

*„Rassistische Gewalttäter*innen schrecken auch vor potenziell tödlicher Gewalt nicht zurück. Für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, bedeutet das, in allen Lebenssituationen der Gefahr eines Angriffs ausgesetzt zu sein. Doch der Schutz dieser Menschen steht in der politischen Debatte kaum im Fokus“, kritisiert Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive.*

Die Zahl der Übergriffe gegen Menschen, die von Rechten als politische Gegner*innen markiert wurden, bleibt mit 65 Vorfällen auf dem hohen Niveau des Vorjahres (2024: 66). Anders als im Superwahljahr 2024 ereigneten sich diese jedoch deutlich weniger im Kontext des Wahlkampfes. Vielmehr gerieten alternative Wohnprojekte, Jugendclubs und soziokulturelle Zentren ins Visier rechter Täter*innen und wurden wiederholt gezielt attackiert. Auch der Überfall auf das Vielfaltsfest „Bad Freienwalde ist bunt“ im Juni 2025 ist Ausdruck der hohen Gewaltbereitschaft organisierter Rechtsextremer. In den wenigsten dieser Fälle gelang es den Strafverfolgungsbehörden, Tatverdächtige zu ermitteln.

*„Die extrem rechte Szene in Brandenburg tritt mit wachsendem Selbstbewusstsein auf. Besonders besorgniserregend ist die deutliche Zunahme von gezielten Attacken auf politische Gegner*innen. Diesen Angriffen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen auch staatliche Akteure mit aller Entschlossenheit entgegentreten – und die Orte schützen und stärken, an denen Menschen angstfrei zusammenkommen können“,* sagt **Anne Brüggemann, Beraterin der Opferperspektive.**

Während queerfeindliche Propaganda weiterhin ein zentrales Agitationsfeld der extremen Rechten bleibt, gingen die Mobilisierungserfolge bei queerfeindlichen Gegenveranstaltungen zu CSDs zurück und es wurden weniger Übergriffe in diesem Kontext verzeichnet. Insgesamt stieg die Zahl queerfeindlicher Übergriffe von 19 (2024) auf 33 (2025) dennoch deutlich an.

Selbst angesichts der anhaltenden Bedrohung zeigt die Zivilgesellschaft in Brandenburg Stärke: So hat sich beispielsweise die „Initiative Sichere Orte Südbrandenburg“ gegründet, in der sich von rechten Angriffen betroffene Clubs und Projekte vernetzen und gegenseitige Solidarität organisieren.

„Trotz rechtsextremer Angriffe erleben wir immer wieder, dass viele Betroffene sich nicht einschüchtern lassen, sondern gemeinsam handlungsfähig bleiben. Sie vernetzen sich, organisieren Unterstützung und erfahren Solidarität. Das sendet ein klares Signal gegen rechte Einschüchterung – und kann für Betroffene auch eine stärkende Erfahrung sein“, erklärt **Joschka Fröschner, Berater und Monitoringbeauftragter der Opferperspektive.**

Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Fallzahlen rechter Gewalt fordert die Opferperspektive: Wer von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen ist, braucht Schutz und Unterstützung. Dafür müssen unabhängige Beratungsstrukturen ausgebaut werden. Es ist die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, rechte Gewalt konsequent zu verfolgen.

Die Politik muss der demokratischen Zivilgesellschaft den Rücken stärken und sie in ihrem Engagement gegen die extreme Rechte und für eine vielfältige Gesellschaft unterstützen. Präventionsangebote und eine lebendige Kinder- und Jugendarbeit sind unverzichtbare Gegenpole zu einer erstarkenden extrem rechten Jugendbewegung.

Für Nachfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Judith Porath (Geschäftsführung):

0151 591 000 82

j.porath@opferperspektive.de

Anne Brüggmann (Beraterin der Gewaltopferberatung):

0151 591 000 85

a.brueggmann@opferperspektive.de

Joschka Fröschner (Beratung & Monitoring):

0151 507 248 51

j.froeschner@opferperspektive.de

Im [Hintergrundpapier](#) zur Jahresstatistik 2025 finden Sie ausführliche Analysen sowie die grafische Aufbereitung der [Statistik](#). Für Ihren Beitrag können Sie die von uns zur Verfügung gestellten [Pressefotos](#) unter der Nennung der in der Bilddatei angegebenen Quelle verwenden. Außerdem können die [Einzelgrafiken](#) heruntergeladen und unter Nennung der Quelle (Mathis Ruffing/Opferperspektive) verwendet werden.

Die **Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.** ist die Brandenburger Fachberatungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die Opferperspektive berät Betroffene, deren Angehörige und Zeug*innen. Im Rahmen des Monitorings werden systematisch Fälle rechter Gewalt dokumentiert und Analysen zur Entwicklung rechter Gewalt in Brandenburg veröffentlicht.